

**Austauschmaterial zur Drs. 2019/03GV/659:
Interfraktioneller Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Zur Beratung:

1. im Ausschuss für Verkehr, Bauwesen und Umwelt am 9. September 2019
2. im Haupt- und Finanzausschuss am 24. September 2019
3. in der Gemeindevertretung am 26. September 2019

Betreff:

Ziel: Klimaneutrale Gemeinde Gettorf

Antrag:

1. Die Gemeinde Gettorf erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwer wiegenden Folgen als eine Aufgabe hoher Priorität an.
2. Die Gemeinde Gettorf wird bei jeglichen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima sowie ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit berücksichtigen. Ab 2020 sollen in jeder Beschlussvorlage die Auswirkungen auf den Klimaschutz mit positiv, negativ oder neutral angegeben werden. Bei negativer Prognose sind Alternativen zu prüfen und anzubieten.
3. Um ihren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels zu leisten, will die Gemeinde Gettorf bis 2035 klimaneutral werden. Das heißt die Gemeinde, will im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, die in Paris (2015) vereinbarten Klimaziele zu erreichen.
4. Die Gemeinde bekennt sich zu ihrem Grundsatzbeschluss (Drs. 2019/03GV/617) zum Beitritt zu einer Klimaschutzagentur und begrüßt den Beschluss auf Kreisebene für die Gründung der Klimaschutzagentur. Gemeinsam mit der Klimaschutzagentur ist in 2020 ein Klimaschutzkonzept zu beauftragen. Sollte die Klimaschutzagentur wider Erwarten nicht gegründet werden, sind Alternativen aufzuzeigen, wie Gettorf zeitnah ein Klimaschutzkonzept beauftragen kann. Die Aufstellung des Klimaschutzkonzeptes ist, wenn möglich, gemeinsam mit den Nachbargemeinden des Amtes Dänischer Wohld vorzunehmen.
5. Vor einer endgültigen Beschlussfassung wird in einer Informationsveranstaltung den Gemeindevertreter*innen und den wählbaren Bürger*innen die Möglichkeit gegeben, offene Fragen beantworten zu lassen. Anschließend beraten die zuständigen Fachausschüsse (Verkehr, Bau und Umwelt sowie Haupt und Finanzen) und die Gemeindevertretung abschließend.

Begründung:

Auch den Kommunen kommt bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle zu. Ein bedeutender Teil klimarelevanter Emissionen wird in Städten, Gemeinden und Kreisen erzeugt (Wohnen, Gewerbe, Verkehr, etc.). Andererseits hat die Kommune mit ihren vielfältigen Funktionen als Vorbild, Planungsträgerin, Eigentümerin und große öffentliche Auftraggeberin weitreichende Handlungsmöglichkeiten.

Der von Menschen gemachte Klimawandel ist nicht länger eine rechnerische Größe, sondern globale Realität geworden. Seine Folgen werden auch für Gettorf und die gesamte Region zu einschneidenden Veränderungen und schwer abschätzbaren Gefährdungspotenzialen führen. Die Beschleunigung des Klimawandels ist für ein von Tourismus und Landwirtschaft geprägtes Bundesland wie Schleswig-Holstein ein erhebliches Risiko. Extreme Wetterereignisse und Klimaveränderungen wirken sich unmittelbar auf unsere Lebensgrundlagen aus.

Darum gilt es, ökologische, soziale und ökonomische Belange klug miteinander zu verzahnen. Getroffene Maßnahmen dürfen nicht die stärker belasten, die ohnehin zu den finanziell Schwächeren gehören. Schließlich besitzt Klimapolitik auch große Wachstumspotenziale, die es zu heben gilt und von denen auch die regionale Wirtschaft profitieren soll.

Zu prüfen ist auch, ob die Umsetzung des Antrages ohne zusätzliche Ressourcen möglich ist. Möglicherweise braucht die Gettorfer Verwaltung in Zukunft eine*n Klimaschutzbeauftragte*n, wobei Kooperationen auf Amtsebene oder mit anderen Kommunen ausdrücklich zu begrüßen wären. Zu diskutieren ist auch die Frage, ob ein zusätzlicher Fachausschuss (zunächst temporär für die laufende Legislaturperiode) einzurichten ist.

Kurt Arndt
Vors. SPD-Fraktion

Tim Holborn
Vors. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thorsten Wilke
Vors. FDP-Fraktion